

Friedensarbeit zu Zeiten der Corona- Pandemie

Liebe Freundinnen und Freunde,

dieses PAX AN geht per Mail an Mitglieder und InteressentInnen der DFG-VK in Bayern. Diese Ausgabe gibt es nur digital, nicht in gedruckter Form. PAX AN 1-20 sollte gedruckt und per Brief kurz vor den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung bei den EmpfängerInnen eintreffen. Dann kamen die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen aufgrund der Corona-Epidemie. Diese haben die Fertigstellung und vor allem den Versand von PAX An verhindert. Hier muß erwähnt werden, dass das Ausdrucken der Adressen und das Eintüteln von 3000 Sendungen normalerweise von ca. 6 - 8 FreundInnen in einer geselligen, nachmittagfüllenden Aktion in einem kuscheligen 22- Quadratmeter Büro erledigt wird.

Daher mußten wir den geplanten Versand absagen - „Absagen“ hat sich zum dominierenden Begriff entwickelt, die Ostermärsche mußten abgesagt werden, die Friedensfahrradtour, die Fußball-EM, um nur das wichtigste zu erwähnen, und so vieles mehr. Doch die Friedensarbeit geht weiter, viele Veranstaltungen fanden im virtuellen Raum statt, oder mit wenigen Menschen, entsprechend den Kontaktbeschränkungen.

Im folgenden finden Sie / findet Ihr sowohl die bereits im März vorbereiteten Artikel, als auch aktuelle Informationen und Beiträge.

Thomas Rödl

Das Militär als Klimakiller

Klimaschutz, so hören und lesen wir immer, muss in allen möglichen Bereichen vorangetrieben werden - bei der Energieversorgung, beim Verkehr, bei der Industrieproduktion. Nur ein Bereich bleibt in der Regel völlig ausgespart: das Militär. Dabei tragen die Armeen erheblich zum Ruin des Klimas bei.

In den Kriegen, die sie führen, werden nicht nur Menschen getötet und große Umweltschäden angerichtet. Auch jede Menge Treibhausgase werden freigesetzt. Vor allem durch die Brände, die durch den Abwurf von Bomben und das Verschießen von Grana-

ebenfalls Unmengen von Energie verbraucht und massenweise Kohlendioxid-Emissionen produziert werden.

Enorme Verschwendung

Kritisch zu sehen ist hier vor allem der Treibstoffverbrauch. Alleine das US-Militär benötigte im Jahr



Hochgradig klimaschädlich: Bundeswehrpanzer vom Typ Marder

ten ausgelöst werden. Aber auch wenn kein Krieg herrscht, sorgt das Militär für massive Klimaschäden. In Friedenszeiten gibt es ja den laufenden militärischen Betrieb mit vielen Manövern und anderen Übungen, bei denen

2017 jeden Tag (!) 43 Millionen Liter Öl. Wie groß die Ressourcenverschwendung ist, zeigt etwa das Beispiel des Riesen-Transportflugzeugs „Galaxy“. Diese Maschine verbraucht allein beim Start 3500 Liter Treibstoff. Pro

Flugstunde sind es 13.000 Liter. Mit der entsprechenden Benzinmenge könnte ein Personenwagen 130.000 Kilometer weit fahren, bei einem Verbrauch von 10 Litern auf 100 Kilometer. Einer Studie des amerikanischen Watson Instituts zufolge verursachte das US-Militär im Jahr 2017 Treibhausgasemissionen in Höhe von 59 Millionen Tonnen. Das war mehr als der Ausstoß von Industrieländern wie beispielsweise Schweden (50,8 Millionen Tonnen). Nachzulesen ist das in einem Dossier der Informationsstelle Militarisierung (IMI), die eine ganze Reihe von Materialien zum Thema „Militär und Klima“ herausgebracht hat (www.imi-online.de). Die USA unterhalten den mit Abstand größten Militärapparat der Welt und damit auch den bedeutendsten Klima-Killer unter den Armeen. In dem IMI-Dossier heißt es, man müsse zu dem Schluss gelangen, dass die Aktivitäten des US-Militärapparats „beträchtliche Auswirkungen auf die weltweiten Treibhausgas-Emissionen haben.“

Klimaschädlich, so IMI, sind aber auch die Streitkräfte anderer Länder: „Selbstverständlich gilt dies für alle großen Militärmationen auf diesem Globus.“ Wie zum Beispiel für Deutschland, wo die Flugzeuge und Panzer der Bundeswehr auch große Mengen Treibstoff schlucken und demzufolge einen erheblichen Beitrag zu den Emissionen leisten. Angaben darüber, wie viel Treibhausgase die Bundeswehr verursacht, liegen nicht vor. In den Klimaschutzberichten der Bundesregierung für die Jahre 2017 und 2018 wird schlicht und einfach erklärt: „Die Emissionen der militärisch genutzten Fahrzeuge bleiben ... unberücksichtigt“. In internationalen Abkommen wie dem Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz werden vom Militär verursachte Emissionen zumindest teilweise außen vor gelassen. Die USA hatten bei den Verhandlungen über das Abkommen darauf bestanden, dass Emissionen von Schiffen und Flugzeugen, die bei internationalen Militäroperationen eingesetzt werden, in den Treib-

hausgas-Bilanzen nicht berücksichtigt werden. Diese Ausnahmeregelung wurde beibehalten, obwohl die USA das Kyoto-Protokoll letztlich nicht ratifiziert haben. Mit der Klimakrise ist eine zusätzliche Aufgabe auf die Friedensbewegung zugekommen: Sie muss die Rolle der Militärs als wichtige Mitverursacher des Klimawandels thematisieren und dabei den Schulterschluss mit der Klimaschutzbewegung suchen.



*Schluckt Unmengen Treibstoff:
US-Militärtransporter „Galaxy“*

Friedenskonferenz abgesagt

Es hätte die 18. ihrer Art werden sollen, aber dann musste die für Mitte Februar in München geplante Internationale Friedenskonferenz abgesagt werden. Der Trägerkreis sah sich nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für einen geordneten Ablauf der Konferenz und die Sicherheit von ReferentInnen und TeilnehmerInnen zu übernehmen.

Der Hauptgrund für die Absage waren die Auseinandersetzungen um ein geplantes Grußwort bei der Konferenz von Stadtrat Marian Offman. Vom Büro des Oberbürgermeisters war der Stadtrat (früher CSU-Mitglied, jetzt SPD) als Redner vorgeschlagen worden. Gegen ihn gab es jedoch Vorbehalte in den Reihen des Trägerkreises. Dabei ging es vor allem darum, dass die Aussagen der CSU in Bezug auf Militär und Friedenssicherung, die Offman als Mitglied der Partei unterstützt hat, sich nicht mit den Positionen der Friedenskonferenz vertrugen. Außerdem wurde als Problem gesehen, dass Offman in der Vergangenheit Veranstaltungen verhindert hat, bei denen auch die

Abrüstung ist Klimaschutz

In dieser Bewegung wiederum muss sich der Gedanke verbreiten, dass Abrüstung ein entscheidender Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise ist. Denn, so das Fazit im IMI-Dossier: „Im Ganzen gesehen repräsentieren die Treibhausgas-Emissionen, die Ressourcenplünderung imperialer Kriege und die damit einhergehende Umweltvernichtung durch die militärischen Zerstörungsmaschinen solch ein katastrophales Bild, dass eine Lösung der kommenden apokalyptischen Klimakatastrophe ohne Abrüstung und eine Politik des Friedens schlicht nicht vorstellbar ist.“ *Harald Will*

Politik der israelischen Regierung kritisch beleuchtet werden sollte.

Nach Bekanntwerden der Vorbehalte gegen Offman wurde in den Medien implizit und explizit der Vorwurf des Antisemitismus gegen die OrganisatorInnen der Friedenskonferenz erhoben. Offman selbst behauptete, er werde abgelehnt, weil er Jude ist. Diese Vorwürfe und Unterstellungen wurden vom Trägerkreis entschieden zurückgewiesen. „Trotzdem, so heißt es in der Erklärung zur Absage der Konferenz, „mussten wir eine weitere Eskalation der Kampagne gegen unsere Veranstaltung befürchten. Wir sehen uns nicht in der Lage, die Veranstaltungen der Internationa-

len Münchner Friedenskonferenz sorgfältig vorzubereiten, und gleichzeitig und zeitnah zu den vielen Artikeln und Kommentaren in den Medien Stellung zu nehmen.“

Außerdem könne man die Verantwortung für die Sicherheit der ReferentInnen und der TeilnehmerInnen nicht übernehmen: „Der störungsfreie Ablauf der Veranstaltung ist aus unserer Sicht nicht mehr gewährleistet.“

Schließlich war zu befürchten, dass es Proteste gegen den Auftritt von Offman geben würde, dass BesucherInnen eine Diskussion über seine Positionen, vor allem zu Israel, verlangen würden. Dies hätte jedoch den Rahmen der Veranstaltung gesprengt und von den Inhalten abgelenkt, die durch die Friedenskonferenz transportiert werden sollten.

Die finanziellen Folgen der Konferenzabsage sind noch nicht voll abzusehen, aber klar ist: auch eine abgesagte Veranstaltung kostet Geld und bewilligte Zuschüsse können nicht abgerufen werden.

Harald Will

Wir bitten deshalb um Spenden auf das Konto des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes bei der GLS-Bank, Stichwort „Friedenskonferenz“ (Spenden steuerlich absetzbar); IBAN: DE37 4306 0967 8217 1208 00

Eine Zusammenstellung von Berichten und Stellungnahmen findet sich hier: <http://www.friedenskonferenz.info/index.php?ID=58>

Ausblick 2021

Ein verkleinerter Trägerkreis diskutiert derzeit, wie mit den realen Mitteln und Möglichkeiten mit neuen Kooperationen und Formen die Tradition der Münchner Friedenskonferenz fortgesetzt werden kann. Wird es zu Zeiten der Pandemie überhaupt eine Sicherheitskonferenz in München geben?

Alles bleibt spannend.



Der Schreck sitzt nicht bei allen tief

Karikatur: Klaus Stuttmann

Falsche Prioritäten

Mit ihrem Einsatz bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie macht die Bundeswehr gerne Werbung. Aber dieser Einsatz war nur notwendig, weil zuvor am zivilen Gesundheitswesen massiv gespart wurde - unter anderem zugunsten des Militärs.

Ein Kommentar - gesendet bei Radio LORA München am 21.4.20

Die Bundeswehr hat einen neuen Kampfauftrag: Sie soll helfen, das Corona-Virus zu besiegen. Und die Bundeswehr hilft: Sie fliegt schwer-krankte ausländische Covid-19-Patienten zur Behandlung nach Deutschland. Sie öffnet ihre eigenen Krankenhäuser für am Corona-Virus erkrankte Menschen. Und sie schickt ihre Sanitäter und Ärzte in den Einsatz gegen die Pandemie. Das ist alles rundum zu begrüßen. Die Bundeswehr tut mal etwas, was mit ihren eigenen Werbesprüchen übereinstimmt: „Mach, was wirklich zählt“ ruft sie auf Plakaten gerne jungen Menschen zu, die sie für sich gewinnen will.

Ja, die Bundeswehr tut etwas richtiges und wichtiges zur Zeit mit ihrer Unterstützung für das deutsche Gesundheitswesen. Das hält sie sich auch selbst zugute: In Zeitungsanzeigen stellt sie ihren Corona-Einsatz als Dienst an der Gesellschaft heraus. Nur hat die Sache einen Schönheitsfehler: Über dem Eigen-Lob der Bundeswehr gerät aus dem Blick, dass unser Gesundheitswesen nicht der Hilfe der Streitkräfte bedürfte, wenn dieses Gesundheitswesen besser ausgestattet wäre – vor allem mit Personal. An den Krankenhäusern aber herrschte bisher ein rigider Sparkurs. Es wurden Betten abgebaut, viele Kliniken ganz geschlossen. Andererseits müssen Krankenschwestern und PflegerInnen immer mehr leisten, weil nicht ausreichend Stellen auf den Stationen vorhanden sind oder Stellen wegen der schlechten Arbeitsbedingungen nicht zu besetzen sind.

Und hier kommt wieder die Bundeswehr ins Spiel. Ihre Existenz ist mit ein Grund dafür, warum das deutsche Gesundheitssystem in manchen Bereichen Krankheitssymptome aufweist. Denn für das Militär gibt Deutschland Unsummen aus, 45 Milliarden Euro sind

es zur Zeit. Milliarden, die anderer Stelle fehlen. Zum Beispiel eben in den Krankenhäusern. Mit mehr Geld ließe sich dort vieles erreichen, etwa ein besserer Personal-Schlüssel und höhere Bezahlung für die Pflegenden.

Der Bundeswehr-Einsatz gegen Corona ist kein Beleg für die Unentbehrlichkeit des Militärs. Sondern in der Corona-Krise zeigt sich nur einmal mehr, dass die Politik die falschen Prioritäten gesetzt hat. Man muss leider befürchten, dass sie das auch in Zukunft tun wird. Bestärkt wird sie darin von Kommentatoren etablierter Medien, die jetzt schon dringend davor warnen, beim Militär zu sparen. Sie wissen genau, dass es nach der Corona-Krise für den Staat nicht so leicht sein wird, weiter sein Milliarden-Füllhorn über den Streitkräften auszuschütten. Die Bewältigung der Krisenfolgen wird gigantische Beträge kosten und nicht alles, was an Forderungen kommt, wird finanzierbar sein. Es sind also heftige Verteilungskämpfe zu erwarten.

Bisher war der Militär- und Rüstungshaushalt in Deutschland praktisch sakrosankt - obwohl gebetsmühlenartig immer wieder behauptet wird, die Bundeswehr sei „kaputt gespart“ worden. Das Gegenteil stimmt: Wer sich die Haushaltspläne ansieht, der stellt fest, dass die Militärs jedes Jahr mehr Geld aus dem Bundes-Etat bekamen. Von Sparen keine Spur. Ob das nach der Corona-Krise auch noch so möglich sein wird, muss sich zeigen.

Eines erscheint auf jeden Fall vollends wahnwitzig angesichts der dramatisch veränderten finanziellen Rahmenbedingungen: Die Absicht, das so genannte Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen, also die Ausgaben für die Bundeswehr so weit zu steigern, dass sie zwei Prozent des Brutto-Inlandsproduktes ausmachen. Militär-Ministerin Kramp-Karrenbauer fordert das bei jeder sich bietenden Gelegenheit – mit Verweis darauf, Deutschland habe sich gegenüber der NATO entsprechend verpflichtet. Wollte

man das wahr machen, würde der deutsche Militär-Etat voraussichtlich von 45 Milliarden auf etwa 80 Milliarden Euro im Jahr steigen, also auf fast das Doppelte. Sollte das Brutto-Inlandsprodukt als Folge der Corona-Krise in der nächsten Zeit niedriger ausfallen als bisher angenommen, würden etwas weniger als 80 Milliarden genügen, um den Zwei-Prozent-Anteil für das Militär zu erreichen.

Aber auch das wäre noch viel zu viel Geld für einen Militärapparat, von dem Politiker und Generäle selber sagen, sie hoffen, dass er zur Verteidigung des Landes nie eingesetzt werden muss. Was sie nicht dazu sagen, was ihnen aber klar sein muss: Deutschland ist militärisch nicht sinnvoll zu verteidigen. Ein Krieg würde Millionen Tote und die völlige Verwüstung des Landes bedeuten. Bleiben als Aufgabe für die Bundeswehr noch die Auslandseinsätze. Hier dürfte es sich schon herumgesprochen haben, dass es sich bei den bisherigen Missionen um keine Erfolgsgeschichten handelt. In Afghanistan etwa sind die Bundeswehr und die anderen ausländischen Armeen vollkommen gescheitert, gemessen an dem proklamierten Ziel, dem Land Frieden und Stabilität zu bringen.

Aus all dem folgt: Die Militärausgaben dürfen nicht weiter sakrosankt sein. Sie müssen kontinuierlich sinken, nicht steigen. Denn Deutschland wie auch die anderen Länder auf diesem Planeten stehen vor Herausforderungen, die mit militärischer Stärke nicht zu lösen sind. Beispiel Klimakrise. Hier lässt sich mit Soldaten und Waffen absolut gar nichts ausrichten. Mit Geld dagegen schon. Um Energieversorgung, Wirtschaft und Verkehrssystem klimafreundlich umzubauen, braucht es hunderte von Milliarden. Da können wir es uns schlicht und einfach nicht mehr leisten, jedes Jahr einige zig-Milliarden fürs Militär zu verschwenden.

Harald Will



Ostermärsche im Zeichen von Corona

Die meisten Ostermärsche mussten abgesagt werden. An manchen Orten gab es nicht-legale Ersatzkundgebungen. Viele örtliche Gruppen nutzten das Internet für „digitale“ Kundgebungen, per Videoansprache, Präsentation von Postern und dgl.

Berichte über die Ostermärsche finden sich hier:

<https://www.friedenskooperative.de/aktuelles/innovative-ostermaersche-2020-ein-voller-erfolg>

Virtueller Ostermarsch in Erlangen

Trotz der Corona-bedingten Absage der am 11.4.2020 geplanten Ostermarsch-Kundgebung in Erlangen brachten die Erlanger Nachrichten nach direktem Kontakt mit dem Chefredakteur erfreulicherweise einen großen Artikel mit Komplettübernahme unserer umfangreichen Friedens-Forderungen entsprechend der Pressemitteilung. Die DFG-VK wurde zwar nicht genannt im Bericht, aber interessanterweise wurde die DFG-VK Grundsatzerklärung zitiert als Motto für alle Friedensaktivisten!

Kalter Krieg - Neues Wettrüsten

Seit der Annexion der Krim und dem Konflikt in der Ukraine wird Russland wieder als Feind betrachtet. Ein Krieg zwischen der NATO und Russland ist denkbar geworden. Seit 2014 befindet sich Europa wieder in einer militärisch-politischen Konfrontation. Die Ost-Expansion der NATO hat die militärstrategische Lage in Europa zum Nachteil Russlands verändert. Ehemalige Rüstungskontrollabkommen sind hinfällig geworden. Die NATO hat neue Militärstützpunkte in Rumänien, Polen und im Baltikum. Russland stellt neue atomare Marschflugkörper auf. Die Rüstungsausgaben werden massiv erhöht.

Die Modernisierung der Atomwaffen und die Veränderung der Militärdoktrinen erhöht die Kriegsgefahr. Viele BürgerInnen hierzulande halten einen Krieg, auch einen Atomkrieg, wieder für möglich. Der präventive Angriff auf die Atomraketen des Gegners ist jetzt Teil der US-amerikanischen Konzepte der „Abschreckung“. Der Atomkrieg erscheint manchen Experten führbar und gewinnbar.

Die DFG-VK Bayern hat vor Jahren auf diese Entwicklung reagiert und ein Faltblatt „Kalter Krieg? - Abrüsten“ produziert, mit dem die Brisanz der Lage aufgezeigt werden sollte und Schritte zum Frieden benannt wurden. Thomas Rödl, Geschäftsführer des HMV- Bildungswerkes und Sprecher des Landesverbandes, hat aus den Quellen für die Faltblätter, aus seinen Vorträgen und einer Vielzahl an Artikeln zum Thema, einen Text für ein Informationsmaterial mit dem Titel „Bombenstimmung“ erarbeitet.

Es gibt jetzt einen knappen Text (10 Seiten) der die wesentlichen Einschätzungen prägnant darstellt und begründet. Der Text enthält eine schlaglichtartige Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Lage. Die Konfrontation mit Russland, die Interventionskriege



der USA, die Beendigung der Rüstungskontrollpolitik und die Modernisierung der Atomwaffen werden hier in ihrem objektiven Zusammenhang und in ihrem historischen Ablauf dargestellt. Aus der Kenntnis der gefährlichen Weltlage sollte die Motivation entstehen, sich für die Abschaffung der Atomwaffen und weitere Schritte zur Abrüstung einzusetzen

Im Schlussteil werden konkrete Maßnahmen zur Kriegsverhütung aufgezeigt.

Die konkreten und bekannten Verträge über Rüstungskontrolle und die vorhandenen Strukturen der gemeinsamen Sicherheit werden vorgestellt, aber auch mit weitergehenden Vorschlägen ergänzt. Die Bundesrepublik Deutschland könnte mit einer anderen Außenpolitik Initiativen für Abrüstung und gemeinsame Sicherheit ergreifen; sie wird das aber nur tun, wenn eine starke Friedensbewegung politischen Druck erzeugen kann. Schließlich werden aktuelle Ansatzpunkte der Friedensbewegung aufgezeigt, z.B. die Forderung nach Abzug der US-amerikanischen Atombomben aus Büchel und die Beendigung der soge-

nannten „nuklearen Teilhabe“.

Der Text und die Anmerkungen finden sich hier: <http://www.no-militar.org/index.php?ID=23>

Zum Download: <http://www.no-militar.org/pdfs/Bombenstimmung-vorab-Mai-2020-1.pdf>

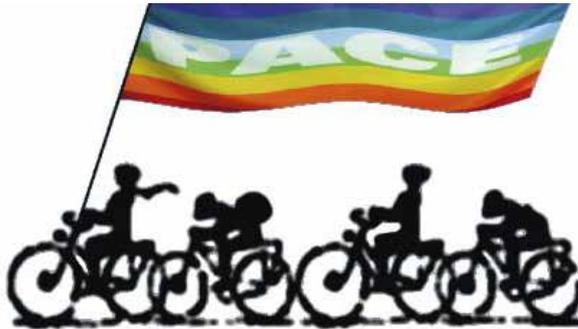
Mit Hilfe der umfangreichen Anmerkungen können sich interessierte Menschen tiefer einarbeiten. Der Text soll zunächst ein Arbeitsmaterial und eine Argumentationshilfe für die Friedensbewegung sein. Dann soll ein Referententmaterial mit Landkarten und Schaubildern entstehen. (zunächst nur digital, kein gedrucktes Material) Der Text wird nach vielen positiven und kritischen Rückmeldungen überarbeitet und könnte als illustrierte Broschüre gedruckt herausgegeben werden, falls das finanzierbar ist (MitherausgeberInnen werden gesucht). Die Verwendung dieses Textes ist sehr erwünscht.

Bombenstimmung - Ein Projekt des Helmut-Michael-Vogel Bildungswerkes der DFG-VK Bayern. Die Erarbeitung wurde gefördert durch die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, und durch das Bildungs- und Förderwerk der GEW

Friedensfahrradtour abgesagt

Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein zivi- les Europa!

Unter diesem Motto hat die DFG-VK Bayern viele Jahre hintereinander die Standorte der Rüstungsindustrie, der Bundeswehr und der US- Streitkräfte besucht.



Die Tour 2020 war von der Strecke und den Übernachtungsorten her praktisch fertig geplant. (von Würzburg nach Büchel) Dann kam die Corona-Krise, mit den bekannten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen. Nach langen Diskussionen waren wir uns vor einigen Wochen einig, dass wir die Friedensfahrradtour nicht wie gewohnt durchführen können

- * Abstandsregeln und Hygienevorschriften sind beim Campingbetrieb und auch beim Radfahren nicht einzuhalten
- * Übernachtungsmöglichkeit Campingplätze und Jugendherbergen derzeit immer noch offen
- * Befürchtung einer „zweiten Welle“ mit wieder schärferen Einschränkungen
- * Politische Versammlungen, Aufführung der Performance? Es ist unsicher was genehmigt wird
- * Wir müßten jetzt (das war Anfang Mai) anfangen die Veranstaltungen zu organisieren. Die Gefahr besteht, dass wir an mehreren Orten rechtliche Auseinandersetzungen um die Genehmigung führen müssen.
- * Insgesamt also die Gefahr dass wir weitere Arbeitszeit verbraten und dann aus einem der genannten – oder noch nicht bekannten - Gründe absagen müssen.
- * Der „worst case“ (der denkbar schlechteste Fall, in der Militärsprache), dass wir bereits Kosten verursacht haben, z.B. den Transporter angemietet, und unterwegs dann abrechnen müssen bzw. die Tour verboten wird – und keinerlei politische Wirkung erzielt haben.
- * Jetzt beherrschen auf absehbare Zeit die Fragen nach Corona, Pandemie, Freiheiten, Versammlungsrecht etc. die Diskussion, in den Medien aber auch unter den FriedensfreundInnen. Unsere Themen – Frieden, Atomwaffen könnten dabei untergehen.
- * Ungewiss war und ist auch die Haltung der bisherigen TeilnehmerInnen: viele könnten aus Angst vor Corona- Risiko nicht mitradeln;
- * Nicht zuletzt haben wir eine Idee entwickelt, was wir ersatzhalber dezentral machen können – eine Aktionspostkarte gegen die atomare Teilhabe, die im Vorfeld vom 6.8. - 75 Jahre Hiroshima - an die örtlichen Bundestagsabgeordneten übergeben werden soll; zusammen mit dem Text „Bombenstimmung“ (siehe vorhergehende Seite)

Ergänzung 10.6.: Zwischenzeitlich wurden viele Beschränkungen erstaunlich schnell wieder gelockert ! Doch die genannten Probleme bleiben.

Thomas Rödl, Sprecher DFG-VK Bayern



Atomwaffen Abschaffen

Die nukleare Teilhabe beenden

Die sogenannte nukleare Teilhabe sieht vor, dass deutsche Bombenflugzeuge US-amerikanische Atomwaffen ins Ziel befördern sollen, wenn die NATO- Führung das im Kriegsfall für erforderlich hält und der US-Präsident die Atombomben freigibt. Seit Jahren ist bekannt, dass US- Atombomben, von denen 20 in Büchel in Rheinland-Pfalz und weitere in Belgien, Holland, Italien und in der Türkei lagern, modernisiert werden sollen. Die neue Bombe kann vom Tornado- Bomber, der bisher dafür vorgesehen war, und der auch schon für die Ausmusterung vorgesehen ist, angeblich nicht abgeworfen werde.

Die Verteidigungsministerin ist vor einigen Wochen mit der Nachricht vorgeprescht, Deutschland würde 30 bzw 45 Stück des US- Flugzeuges „F 18 Super Hornet“ kaufen. Das ist noch kein vom Gesetzgeber beschlossener Kauf, und auch der Koalitionspartner SPD ist nicht damit einverstanden.

Die SPD- Fraktion stellt jetzt die nukleare Teilhabe grundsätzlich in Frage. Begründung u.a., unter Präsident Trump sei die US- Atomdoktrin zunehmend aggressiver geworden.

Der Text **Bombenstimmung** erläutert auch diese Zusammenhänge genauer und kann gut als Hintergrundmaterial für die notwendige und wichtige Debatte um die nukleare Teilhabe dienen.

Aktive FreundInnen der DFG-VK haben bereits Kontakte mit Bundestagsabgeordneten gesucht, vor allem auch mit Abgeordneten der Unionsparteien die - wohl hauptsächlich aus Gewohnheit - an der atomaren Abschreckung festhalten wollen.

Nebenstehend ein Brief von Werner M., Erlangen, an die CSU-Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner, und ihre Antwort (leicht gekürzt)

Betreff: Keine Atombomber für die Bundeswehr

Sehr geehrte Frau Zeulner,



Die deutsche Verteidigungsministerin hat angekündigt 45 Kampffjets im Wert von 12 Milliarden Euro zu kaufen. 30 dieser Kampffjets dienen dem Einsatz von US-Atomwaffen und ersetzen das Tornado-Flugzeug.

Ohne öffentliche Debatte und sogar ohne Einigung mit der Koalitionspartnerin SPD wird mitten in der Coronakrise viel Geld für Rüstung ausgegeben werden - Geld, das in anderen Bereichen viel dringender gebraucht wird. Die F-18 Kampfflugzeuge sollen künftig auch als Trägersysteme für die im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO in Deutschland stationierten US-Atombomben dienen. Die Atomwaffen sollen in den kommenden Jahren durch modernere Versionen mit deutlich erweiterten Fähigkeiten ersetzt werden. Zusammengenommen würde es sich um die umfassendste nukleare Aufrüstung in Deutschland seit der Nachrüstung in Folge des NATO-Doppelbeschlusses handeln. Ein Kauf neuer nuklearer Trägersysteme wird von einer Vielzahl an zivil-gesellschaftlichen Gruppen abgelehnt. Auch in der Bevölkerung stößt eine solche Beschaffung auf Ablehnung. Bei einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov <https://www.icanw.de/neuigkeiten/umfrage-deutsche-gegen-neue-atombomber/> lehnten 61 Prozent der Befragten einen Kauf von Kampffjets, welche die Fähigkeit zum Abwurf von US-Atomwaffen haben, ab.

Dr. Alex Rosen, einer der Mitbegründer von ICAN und Co-Vorsitzender der deutschen IPPNW sieht dringenden Handlungsbedarf auf Seiten der Bundesregierung:

„Es kann nicht sein, dass Deutschland immer wieder von atomarer Abrüstung spricht, den wichtigsten völkerrechtlichen Baustein auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen boykottiert und an den Atombomben im eigenen Land festhält. Die Doktrin der atomaren Abschreckung, die auch Deutschland befolgt, ist nichts anderes als die Androhung eines atomaren Massenmords an der Zivilbevölkerung eines vermeintlichen Kriegsgegners. Diese Doktrin war schon im Kalten Krieg unmoralisch und falsch und ist es in der heutigen Welt umso mehr.“

=====

Antwort von MdB Emmi Zeulner, Auszüge

Sehr geehrter Herr Mesnaric,

vielen Dank für Ihre Nachricht, in der Sie sich gegen eine Beschaffung neuer nuklearwaffenfähiger Kampfflugzeuge für die Bundeswehr aussprechen.

Als CSU stehen wir zur nuklearen Teilhabe Deutschlands. Daher muss unserer Auffassung nach jetzt zügig über die Tornado-Nachfolge entschieden werden, die diese Teilhabe sicherstellt. Dabei geht es auch keineswegs um eine „nukleare Aufrüstung“ oder einen „Beitrag zum Wettrüsten“, sondern lediglich um die Aufrechterhaltung derzeit bestehender Fähigkeiten auch in der Zukunft durch eine notwendige Modernisierung des Kampfflugzeugbestands. Im Gegenteil wäre eine Nichtanschaffung von Trägersystemen ein einseitiger massiver Abrüstungsschritt – in einer Zeit, in der von Seiten Russlands eher Signale neuer Aggressivität ausgesandt werden (Passausgabe an Ukrainer in den besetzten Gebieten, völkerrechtswidriges Festhalten gefangener Seeleute, Bruch des INF-Vertrages durch Entwicklung und Einführung neuer Marschflugkörper etc.).

In der CSU ziehen wir aus der Geschichte der 1930er Jahre die Lehre, dass Appeasement und einseitige Abrüstung nicht dazu führen, den Frieden auf Dauer zu sichern. Das Ende des Kalten Krieges hat hingegen gezeigt, dass der duale Ansatz der NATO, glaubwürdige Abschreckung mit echter Dialogbereitschaft zu verbinden, letztlich zu Abrüstung und neuer Kooperation in der Außenpolitik führt. Auch wenn man es bedauern mag, besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort, solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können. Die strategischen Nuklearfähigkeiten der NATO bleiben daher ein entscheidender Garant unserer Freiheit und Sicherheit. Deutschland hat als verlässlicher Bündnispartner, der seinen solidarischen Verteidigungsbeitrag in der Allianz leistet, auch ein Interesse daran, an allen strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben.

.....
Wie Sie in Ihrem Schreiben aber zutreffend ausführen, wollen auch wir in der CSU eine nuklearwaffenfreie Welt. Daher stimmen wir mit Ihnen überein, dass es von zentraler Bedeutung ist, die internationale Rüstungskontrollarchitektur – wie etwa den INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen – zu erhalten, indem man sie den heutigen Realitäten anpasst. Wir müssen darüber hinaus alle Anstrengungen darauf richten, mit ambitionierten Abrüstungsinitiativen die Atommächte zu einer echten Reduktion der Nuklearwaffen zu bewegen. Auch wir streben eine Rolle Deutschlands als „Motor der Abrüstung“ in internationalen Verhandlungen an. Nur wenn Deutschland aber weiter Partner der nuklearen Teilhabe ist, kann es als glaubwürdiger Akteur solche Gespräche initiieren oder voranbringen. Wir werden uns daher unbeirrt weiter dafür einsetzen, die Verhandlungen über konventionelle wie nichtkonventionelle Rüstungskontrolle und Abrüstung neu zu beleben. In deren Rahmen würde auch über den Abbau von Nuklearwaffen in ganz Europa einschließlich Deutschlands gesprochen werden.

Mit freundlichen Grüßen, Emmi Zeulner

Zwei Prozent für Militär und Rüstung

Seit 2014 werben vor allem konservative PolitikerInnen und Parteien für das Ziel, dass alle NATO-Staaten 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für ihr Militär ausgeben sollten. Warum eigentlich diese 2 % ? Welche militärischen Fähigkeiten sollen damit erreicht werden, wofür dienen die Waffensysteme, die mit den immer höheren Rüstungsausgaben beschafft werden sollen? Mit der Parole „zwei Prozent“ wird eine Debatte über die politischen Ziele und die militärischen Mittel der Aufrüstung vermieden. Es gibt keine Rechtfertigung nach den früheren Argumentationsmustern „da gibt’s eine Bedrohung ... und wir müssen reagieren“. Niemand behauptet ernsthaft, Russland stünde Gewehr bei Fuß vor den Grenzen der baltischen Staaten, bereit einzumarschieren. Das versammelte militärische und ökonomische Potential der NATO- Staaten - nach der Ost-Expansion - ist dem russischen weit überlegen.

Im Folgenden eine unvollständige Vorführung von aktuellen Beschaffungsprojekten der Bundeswehr.

Kriegsvorbereitung konkret - Beispiele Marine



Die deutsche Marine strebt nach einer Führungsrolle bei der künftigen Kriegführung in der Ostsee



U 34 in der Ostsee bei der multinationalen NATO-Übung „Northern Coasts“
Copyright: Bundeswehr/Jonas Weber

Mehrzweckkampfschiffe (MKS 180), auch als „Langstreckenregatten“ bezeichnet. 4 Stück für 5,3 Milliarden Euro. „Das kostspieligste Projekt der Deutschen Marine seit 1945“

Fünf neue Korvetten, ihr Bau ist gestartet, kosten ca. 2 Milliarden Euro.

Die Flotte der Marine soll bis 2030 um ein Drittel wachsen. Das heißt, jedes Jahr kommt ein Schiff hinzu. Geplant: 25 Kampfschiffe, 8 U-Boote

Quellen:

IMI- Standpunkte 2018-029: Jürgen Wagner: Bundeswehr: per Fähigkeitsprofil in den Neuen kalten Krieg; <https://imi-online.de/download/Ausdruck-2018-5-BW-Profil.pdf>
Arno Neuber: Rüstungsprojekte der Bundeswehr. Kritische Bestandsaufnahme und Ausblick. <http://www.imi-online.de/2015/03/27/die-ruestungsprojekte-der-bundeswehr/>
<https://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Mehrzweckkampfschiff-180-Prestigeprojekt-der-Marine-kostet-eine-Milliarde-Euro-mehr>
https://de.wikipedia.org/wiki/Mehrzweckkampfschiff_180
<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/mks-180-nimmt-weiter-fahrt-auf-257716>

U-Boote , 2 weitere

(6 Stück gibt es schon), für über eine Milliarde Euro. Diese U-Boote der Klasse 212 A sind die modernsten U-Boote der Deutschen und der italienischen Marine. Sie sind weltweit die ersten außenluftunabhängigen Boote, deren Antriebsanlage für Tauchfahrten auf Brennstoffzellen basiert. Aufgrund dieser Antriebsanlage gelten sie als die leisesten der Welt.

Quellen:

https://de.wikipedia.org/wiki/U-Boot-Klasse_212_A
<https://www.bundeswehr.de/de/ausruestung-technik-bundeswehr/seesysteme-bundeswehr/u-boot-klasse-212-a>

<http://www.no-militar.org/pdfs/Mariner%C3%BCstungA4quer.pdf>

Kriegsvorbereitung konkret - Luftwaffe



F 18 Super Hornet

Nachfolger des TORNADO-Kampfbombers, 30 Stück als Atombombenträger, für die Fortsetzung der sog. nuklearen Teilhabe; 15 Flugzeuge für die elektronische Kampfführung; Ab 2025, Kosten 12 Milliarden Euro. Vom Bundestag noch nicht beschlossen.

Quelle: <https://atombomber-nein-danke.de/hintergrund/>

Eurofighter Kampfflugzeug

weitere 38 Stück sollen bestellt werden, Kosten etwa 5 Milliarden Euro. Hier links mit dem

Taurus Marschflugkörper das ist eine „Abstandswaffe“, sie wird vom Tornado- oder Eurofighter- Bomber abgefeuert, 350 km Reichweite, präzisionsgesteuert, bunkerbrechender Sprengkopf, 600 Stück wurden bereits beschafft.

Quellen:

<https://taurus-systems.de/de/prazisionsbewaffnung-mit-perspektive/>
<https://www.bundeswehr.de/de/ausrustung-technik-bundeswehr/ausrustung-bewaffnung/marschflugkoerper-aurus-kepd-350>
[https://de.wikipedia.org/wiki/Taurus_\(Marschflugk%C3%B6rper\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Taurus_(Marschflugk%C3%B6rper))

Eurofighter mit Taurus Abstandswaffe



Kampfflugzeugsystem der Zukunft (Future Combat Air System) FCAS

Kosten: 100 Milliarden Euro bis 2040. Bis zum Bau des ersten Modells rechnen Insider mit Kosten bis zu 80 Milliarden Euro. Damit wird es das größte gemeinsame Rüstungsprojekt überhaupt (mit Frankreich)

Quellen:

Der Spiegel (19.4.18); Das Handelsblatt (7.11.18);
Zur F18, Tornado und FCAS: <http://www.no-militar.org/index.php?ID=28>
https://de.wikipedia.org/wiki/Future_Combat_Air_System

FCAS



Zum Komplex Tornado, F 18, F 35 Kampfflugzeug siehe ausführlich im Memorandum „Bombenstimmung.“

<http://www.no-militar.org/index.php?ID=23>

Kriegsvorbereitung konkret - Heer



Schützenpanzer PUMA,

350 Stück für 6 Milliarden Euro sind bestellt, und weitere PUMA geplant, die 3 bis 4 Milliarden kosten sollen

Ausbau der Infanterie.

Diese soll fünfmal so viele Radpanzer erhalten wie heute verfügbar. Zudem würden mehr Kampf- und Schützenpanzer benötigt. Ab 2032 hat Deutschland der NATO dann sogar drei voll einsatzbereite Divisionen zugesagt. Das bedeutet ca. 60.000 Heeressoldaten, die sehr kurzfristig losschlagen können. So steht es im Zwölf-Jahres-Plan der Bundeswehr.

Quellen:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Puma_\(Sch%C3%BCtzenpanzer\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Puma_(Sch%C3%BCtzenpanzer))

https://www.google.com/url?sa=i&rc=t=j&q=&esrc=s&source=imgres&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwi90uvbwvfpAhXK8eAKHcnKAqlQjRx6BAGBEAQ&url=https%3A%2F%2Fwww.t-online.de%2Fnachrichten%2Fdeutschland%2Fmilitaer-verteidigung%2Fid_86124460%2Fbundeswehr-preis-fuer-schuetzenpanzer-puma-verdoppelt-sich.html&psig=AOvVaw3u2-tg56640PSv9J0zIUns&ust=1591887904093828

Arno Neuber: Rüstungsprojekte der Bundeswehr. Kritische Bestandsaufnahme und Ausblick.

<http://www.imi-online.de/2015/03/27/die-ruestungsprojekte-der-bundeswehr/>



Taktisches Luftverteidigungssystem (TLVS)

Eine Einheit besteht aus je 4 LKWs: Radargerät, Stromversorger, Kommandozentrale und Raketenwerfer. Gegen Bedrohungen aus der Luft (Flugzeuge und Lenkwaffen), „zum Schutz von beweglichen Operationen der Landstreitkräfte“. Das heißt vorrückende Streitkräfte / Panzerkolonnen werden vom mobilen System begleitet und sollen Angriffe auf diese Streitkräfte aus der Luft abwehren. Die Fahrzeuge können mit einem Transportflugzeug auch an entfernte Kriegsschauplätze transportiert werden, z.B. für ein Szenario wie Einmarsch in Irak oder Syrien. Gesamtkosten: 8 - 12 Milliarden Euro, 4 Mrd. wurden bereits für Forschung und Entwicklung verbraten. Entwicklung des zugehörigen Lenkflugkörpers IRIS-T von der Firma Diehl Defence seit 1995! 32 Werfer mit 136 Raketen sollen beschafft werden. Das US- System „Patriot“ ist vielleicht billiger und wird jetzt parallel betrieben. Aber: Die Technik muss hier in Deutschland sein, das brauchen wir für unsere „verteidigungspolitische Souveränität“. (Augsburger Allgemeine 17.7. 15)

Quellen:

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/very-high-readiness-joint-task-force-vjtf-2023-lenraketen-63898>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/129/1912983.pdf>

<https://augengeradeaus.net/2019/06/firmen-geben-angebot-fuer-taktisches-luftverteidigungssystem-ab/> 24.6.2019

<https://www.mbda-deutschland.de/category/im-fokus/tlvs/>

Zur IRIS-T in der Broschüre zur Firma Diehl, hg. Von der DFG-VK Bayern: http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/Diehl_Brosch_web_Endfassung.pdf S. 22

Kriegsvorbereitung konkret - Heer



Die Bundeswehr muss [...] in der Lage sein, zur kollektiven Bündnisverteidigung in allen Dimensionen mit kurzem Vorlauf, mit umfassenden Fähigkeiten bis hin zu kampfkraftigen Großverbänden innerhalb und auch am Rande des Bündnisgebietes eingesetzt zu werden.

<https://imi-online.de/download/Ausdruck-2018-5-BW-Profil.pdf>

Sicherheit durch militärische Stärke?

Die Führung der Bundeswehr (egal wer gerade VerteidigungsministerIn ist) will diese und andere Waffensysteme für die künftigen Kriege. Nach offizieller Lesart soll die Vorbereitung auf einen Verteidigungskrieg gegen Russland abschreckend wirken. Doch die Aufrüstung der Bundeswehr zur zweitstärksten Militärmacht in Europa - nach Russland - mag für die russische Führung durchaus bedrohlich wirken. Was die eine Seite glaubt, für ihre militärische Sicherheit beschaffen zu müssen, wirkt für die Gegenseite als Drohung. Wer an militärische Sicherheit glaubt, will immer auch die besten und modernsten Waffen. Die immer noch dominierende militaristische Denkweise kann aus dem Kreislauf von Drohung und Gegendrohung nicht ausbrechen. Wir PazifistInnen argumentieren für ein grundsätzliches Umdenken!

Moratorium!

Der deutscher Beitrag zum Umsteuern: Moratorium! Deutschland erklärt: Wir stellen keine neuen U-Boote in Dienst, wir bauen keine weiteren Kriegsschiffe, wir verzichten auf das neue Kampfflugzeug, wir beschaffen keine neuen Panzer und Raketen, wir wollen keine Modernisierung der Atombomben in Europa, wir fordern die USA auf, keine neuen Atomraketen zu stationieren. Das würde unsere Sicherheitslage nicht verschlechtern. Wir = die Bundesrepublik Deutschland - schlagen allen Staaten vor, ebenfalls ein Moratorium zu verkünden: Einfrieren der Militärpotentiale auf dem derzeitigen Niveau! Keine neuen Waffensysteme anschaffen!
Das wäre doch eine tolle Idee, jetzt nach (oder während) der Corona Pandemie, die alle Staaten in finanzielle Schwierigkeiten stürzt!

Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern

**Grundsatzerklärung der DFG-VK:
Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher
entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der
Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuwirken!**

Raketenwerfer

Die Artillerie des Heeres soll auf fast das Fünffache aufgebaut werden: Von 3 auf 14 Bataillone. Dafür sollen neue Artilleriesysteme angeschafft werden: Der Raketenwerfer MARS 2: Punktzielgenauigkeit bei mehr als 80 km Reichweite, GPS unterstützt; die Reichweite soll bis auf 140 km gesteigert werden. Höchste Mobilität, schneller Stellungswechsel, 12 Schuß in einer Minute; 12 Raketen pro Werfer, eine Rakete mit 80 kg Gefechtskopf. Das Werferfahrzeug kann mit einer Tankfüllung 400 km weit fahren. 900 Lenkraketen werden beschafft für ca. 150 Millionen € .

Die Raketenartillerie kann gegen generische Stellungen oder Panzerkolonnen aus großer Entfernung zerschlagen - natürlich offensiv und defensiv verwendbar.

Quellen:

https://de.wikipedia.org/wiki/Multiple_Launch_Rocket_System
<https://www.kmweg.de/home/artillerie/raketenwerfer/mars-ii/produktinformation.html>
<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/very-high-readiness-joint-task-force-vjtf-2023-lenraketen-63898>
<https://www.bundeswehr.de/de/ausruestung-technik-bundeswehr/landsysteme-bundeswehr/mars-2>

Quelle für alle Projekte:

Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten, Juni 2019
www.bmvg.de/resource/blob/54340/82339068e6d530deb2281b13b2aed201/20180319-9-bericht-des-bmvg-zu-ruestungsangelegenheiten-data.pdf

Grundsätzlich zu Fragen der Abrüstung:
www.abruesten.de
Unsere Forderungen, Infos zu Kampagnen und Aktionen:
www.no-militar.org



NATO- Manöver Defender 2020 abgesagt

Auf den vorhergehenden Seiten habe ich einige Waffenprojekte der Bundeswehr vorgestellt.

Kriegsvorbereitung konkret

umfaßt aber auch den Ausbau der Infrastruktur und praktische Vorübungen zur Kriegsführung. Am Manöver „Defender 2020“ läßt sich dieser Aspekt gut aufzeigen.

Die folgenden Informationen beruhen auf der Analyse 2020/07 der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.: **Kriegslogistik und Militärische Mobilität. Wie NATO und EU die Infrastruktur kriegstauglich machen wollen.**

www.imi-online.de/2020/02/21/kriegslogistik-und-militaerische-mobilitaet/

Defender 2020 sollte ein US-Manöver im Zeitraum von Februar bis Mai 2020 sein, in dessen Rahmen auch ergänzende NATO-Manöver stattfinden sollten. Ziel von Defender 2020 ist /war die Verlegung einer Division (20.000 Soldaten) von den USA an die europäische Grenze mit Russland.

Wegen der Corona-Pandemie wurde das Manöver abgesagt.

Bei dem Manöver geht es darum, militärisches Gerät und Kommandostrukturen zu testen und zu sehen, wie das Zusammenspiel mit vorhandenen zivilen Strukturen funktioniert. Mit der Übung sollten Lücken in der militärischen Mobilität aufgedeckt und von den jeweiligen Ländern behoben werden, damit militärische Fahrzeuge und Truppen ohne Hindernisse



über zivile Straßen und Brücken von einem Land ins andere gelangen können. Gerade für Deutschland ist so ein Infrastrukturtest interessant, denn es gibt bisher keine Daten über die militärische Nutzbarkeit der Verkehrsinfrastruktur.

In Ulm wird das NATO-Kommandozentrum für den rückwärtigen Raum (Joint Support Enabling Command) aufgebaut. Dieses Logistikhauptquartier soll ab 2021 einsatzbereit sein.

Der Aufgabenbereich umfasst unter anderem schnelle Truppen- und Materialtransporte und dessen Schutz innerhalb Europas. Deutschland soll als Transitland für Truppenbewegungen und als Aufnahmeland für ausländische Streitkräfte ... dienen.

Verbesserung der Straßen, Brücken und Tunnel und Stationierung von Bataillonen in Osteuropa. Alle diese Maßnahmen dienen einem Zweck: Eine Infrastruktur schaffen, um einen Krieg gegen Russland führen zu können.

Gegen Kriegsvorbereitung!

Am 12. März fand am Flughafen Nürnberg eine Kundgebung mit ca. 70 Personen gegen die US-Nato-Großübung „Defender 2020“ statt, organisiert vom Fürther Friedensforum. Auch die örtlichen DFG-VK Gruppen Nürnberg-Fürth und Erlangen/Oberfranken unterstützten die Kundgebung. (Bild oben) Über den Flughafen Nürnberg sollten US- Soldaten eingeflogen werden.



Anschauliche Infos zum Manöver: http://www.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2020/2020-01_Defender.pdf

Bild unten: Die Friedensfahrradtour am Logistikzentrum der NATO in Ulm



Unter 18 nie!

Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!"

Pressemitteilung der DFG-VK Erlangen:

Mahnwachen am 16.6.2020 7.45 – 8.45 Uhr vor dem Fridericianum in Erlangen / 10.30 Uhr vor dem Karrierecenter der Bundeswehr in Nürnberg.

*Keine Fake News: es gibt 17-jährige Rekrut*innen in der Bundeswehr. Seit Aussetzung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr bis heute (Juni 2020) über 14.000 Minderjährige rekrutiert!*

Bei der Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr kann durchaus von Kindersoldaten gesprochen werden, denn laut der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN) gelten Personen unterhalb der Volljährigkeitsgrenze von 18 Jahren als Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention verbietet die Rekrutierung von Minderjährigen für bewaffnete Konflikte. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den wenigen Vertragsstaaten, die von einer Ausnahmeregelung Gebrauch machen und minderjährige Freiwillige anwerben. Wer sich bei der Bundeswehr verpflichtet hat, kann nicht einfach kündigen, sondern muss in einem stigmatisierenden Verfahren den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen verweigern und mit hohen Rückzahlungen für die bereits in Anspruch genommenen Ausbildungen rechnen. Die Bundeswehr versucht sich seit der Aussetzung der Wehrpflicht verstärkt mit einer „Charmeoffensive“ als attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber darzustellen, um neue Rekrutinnen und Rekruten zu gewinnen. Das lässt sie sich 34 Mio. € im Jahr kosten.

Der UN-Fachausschuss für die Rechte des Kindes und der Kinderausschuss des deutschen Bundestages kritisieren die Rekrutierungs- und Werbemaßnahmen der Bundeswehr deutlich. Die Schülerinnen und Schüler sind zu einem großen Teil noch minderjährig und können deshalb die Konsequenzen, die eine Ausbildung bei der Bundeswehr für sie und ihr weiteres Leben hätte, nicht im vollen Umfang überblicken.

Nur wenige Staaten weltweit rekrutieren überhaupt noch Minderjährige und ausgerechnet Deutschland hat seit Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 bis heute über 14.000 Minderjährige eingestellt. Im Jahr 2017 hat die BRD europaweit die meisten Minderjährigen rekrutiert.

Wie soll sich Deutschland glaubwürdig dafür einsetzen, dass Länder wie Afghanistan oder Somalia nicht länger Kinder für ihre Armeen rekrutieren, wenn es in der Bundeswehr minderjährige Soldaten gibt?

Daher unterstützen wir die Kampagne „Unter18nie“ und fordern:

- Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre
- Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen

Die DFG-VK erachtet die Verweigerung aller militärischen und nicht-militärischen Kriegsdienste als einen wichtigen und konkreten Beitrag gegen Krieg und Kriegsvorbereitung. Aus dem Programm der DFG-VK



Die Kampagne „Unter 18 nie - Keine Minderjährigen in der Bundeswehr!“ wird getragen von einem breiten Bündnis verschiedener bundesweiter Organisationen und Zusammenschlüsse aus den Bereichen der Friedensinitiativen, der Kirchen und der Gewerkschaften. Die regionalen Unterstützerguppen sind:

- DFG-VK Erlangen, • Erlanger Bündnis für den Frieden (EBF) • GEW
- Pax Christi • Nürnberger Friedensforum • DFG-VK Nürnberg-Fürth
- Ärzte gegen Atomwaffen (IPPNW) Nürnberg • Terre des Hommes Bamberg • EAK Nürnberg (Kokon)

Mehr Infos: www.unter18nie.de

Besonders empfehlenswert zur vertieften Information: Stellungnahme der Kinderkommission des Bundestages: https://www.bundestag.de/resource/blob/482006/b8fa4487d-cd13f0730e96386957ddc6ff/stellungnahme_militaer_und_jugend_in_deutschland-data.pdf

Schattenbericht Kindersoldaten 2019 von Terre des Hommes: https://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/04_Was_wir_tun/Themen/Krieg_und_Flucht/Schattenbericht_Kindersoldaten_terre_des_hommes_191120_web_final.pdf



Zur Unterstützung der Kampagne „Unter18nie“ hat die DFG-VK Erlangen am 16.6. 2020 vor einer Schule in Erlangen und vor dem Bundeswehr-Karrierecenter in Nürnberg (Bild links) eine Mahnwache mit jeweils ca. 6-8 Personen durchgeführt. Die Vermummung war offiziell erwünscht! Mehr über die Arbeit der Gruppe Erlangen-Oberfranken: <https://erlangen.dfg-vk.de/erlangen-start>

Gustav Landauer

Ein Kämpfer für Freiheit und Menschlichkeit

Ein Blick auf unsere Geschichte: Gustav Landauer wurde im April vor 150 Jahren geboren

Gustav Landauer dürfte vielen politisch und historisch interessierten Menschen durch die Münchner Räterepublik von 1919 bekannt sein. Er war gewaltfreier Anarchist, Rätessozialist, Übersetzer, Schriftsteller und Philosoph. Im Berlin ist er Ende des 19. Jahrhunderts als Agitator, Vorkämpfer für Sozialismus und Anarchismus, durch Zeitschriften, Vortragsreisen und schriftstellerische Tätigkeit in Erscheinung getreten.

Er schuf ein enormes Werk an Literatur und vor allem politischer Philosophie, das Libertäre auf der ganzen Welt beeinflusste. Denn für Landauer war die Revolution untrennbar verbunden mit einer Persönlichkeitsentwicklung des Einzelnen. Der werdende Mensch sollte sein revolutionäres Potenzial in Gemeinschaftsprojekten ohne Privateigentum entwickeln.

Am 7. 4. 2020 wäre sein 150. Geburtstag zu feiern gewesen. Aus diesem Anlass hat Rita Steininger eine neue Biografie vorgelegt: *Gustav Landauer. Ein Kämpfer für Freiheit und Menschlichkeit.*

Rita Steininger hat seine Tagebücher und die vielen Briefe ausgewertet und so gelingt ihr ein sehr persönliches und plastisches Porträt. Nicht nur Landauers literarische und politische Arbeit wird deutlich, sondern das Buch erzählt auch von seinen Freundschaften, Liebschaften, Heiraten und Vaterschaften; von seiner immer schwierigen materiellen Lage, häufigen Ortswechseln, politischer Verfolgung und Inhaftierung.

Landauer ist Pazifist

Landauer ist grundsätzlich gegen den Krieg. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges wirbt er für

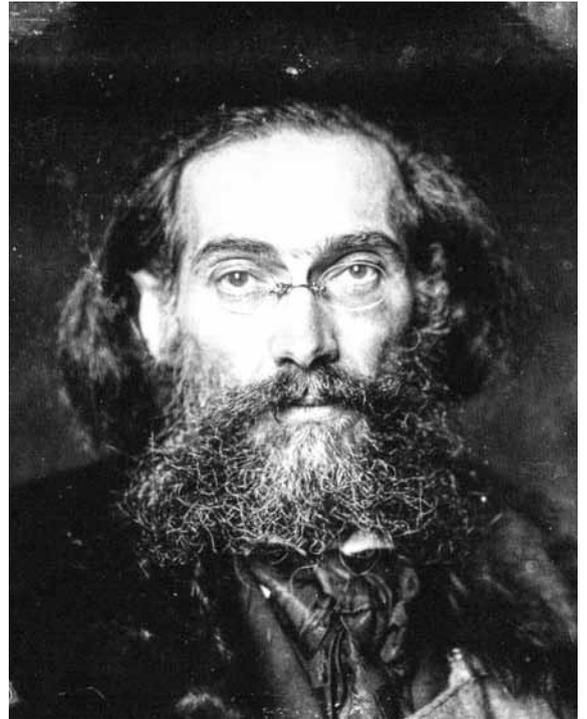
einen Massenstreik zur Verhinderung des Krieges. Er bildet zusammen mit anderen Intellektuellen einen internationalen Kreis zur Einigung der Völker. 1915 wirkt er mit beim anti-anexionistischen „Bund Neues Vaterland“.

Er wird Mitverfasser des Gründungsaufrufs für eine „Zentralstelle Völkerrecht“ in Frankfurt am Main, an der auch die Deutsche Friedensgesellschaft beteiligt ist.

In einem Brief an den amerikanischen Präsidenten Thomas Woodrow Wilson formuliert Landauer Vorschläge für eine neue Friedensordnung: *Es brauche eine internationale „öffentlich-rechtliche Institution, eines internationalen Kongresses, dessen Beschlüsse obligatorisch sind und erzwungen werden können“.* Die Umsetzung der Friedensregelungen müssten aber *„in jedem Lande durch die Energie des eignen Volkes erzwungen werden“!*

Landauer in der Räterepublik

Gustav Landauer wird als ein Vordenker der Revolution von 1918 bezeichnet. Kurt Eisner hat ihn nach München gerufen. Er wurde Volksbeauftragter für Volksaufklärung, Unterricht, Wissenschaft und Künste in der kurzen Phase vom 7. bis 13. April 1919. Die Machtübernahme der anarchistischen Intellektuellen in der chaotischen Lage nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die autoritär, katholisch und monarchistisch geprägte Bevölkerung in Bayern hatte reale andere Probleme; die Ideen von Sozialismus



und Anarchismus hatten keine Massenbasis.

Gewaltfreiheit

Landauer war auch gewaltfreier Pazifist – anders als manch andere Persönlichkeiten im bürgerlichen Pazifismus vor dem Ersten Weltkrieg. *„Ein Ziel lässt sich nur erreichen, wenn das Mittel schon in der Farbe dieses Zieles gefärbt ist. Nie kommt man durch Gewalt zur Gewaltlosigkeit.“*

Auch in den wenigen Tagen der Räterepublik ist er gegen „blutige Gewalt“ eingetreten. Damit meinte er, die Revolution dürfe sich verteidigen, sollte aber nicht von sich aus mit blutiger Gewalt gegen andere vorgehen.

Tragischerweise wurde er am 2. 5. 1919 von einer aufgeheizten Soldateska auf besonders brutale Art erschossen und erschlagen. Landauer hat sich trotz vieler Schicksalsschläge mit aller Kraft für die Freiheit des Individuums und für ein humanes Miteinander eingesetzt. *„In diesem unbeirrbar Engagement kann er uns noch heute ein Vorbild sein.“*

Rita Steininger: Gustav Landauer - ein Kämpfer für Freiheit und Menschlichkeit. Volk Verlag, München 2020

Abzug von US- Truppen - auch aus der Oberpfalz ?

US-Präsident Trump kündigt an, dass amerikanische Truppen aus Deutschland abgezogen werden sollen. Viele Medienleute kommentieren das als Strafmaßnahme gegen die Bundesrepublik Deutschland und übersehen die strategische Bedeutung der Verlagerung von Truppen nach Osten. Nachfolgend eine Pressemitteilung der Gruppe Oberpfalz.

Nicht zaudern, sondern anpacken! US-Truppenabzug birgt großartige Chancen!

Ein größerer Abzug von US-Truppen aus Deutschland könnte Perspektiven für einen Nationalpark Hohenfels eröffnen. Die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsgegnerInnen, Bezirk Oberpfalz, plädiert deshalb, offensiv die Chance zu einer Konversion des Truppenübungsplatzes zum dritten bayerischen Nationalparks zu ergreifen. Die seit über 80 Jahren ohne von landwirtschaftlicher Nutzung gestörte Fauna und Flora, völlig umgeben von langjährigen sanften Tourismus des Oberpfälzer Jura drängt sich förmlich auf, sich von militärischer Nutzung zu verabschieden.

Die vom US-Präsidenten angekündigte Verlagerung bzw. Abzug größerer Truppenteile der US-Armee aus Deutschland ist zwar so unpräzise und spontan, wie man es vom derzeitigen Amtsinhaber gewohnt ist und folgt nicht einmal militärischer Logik. Die Umsetzung ist völlig unklar, zeigt aber wieder einmal, wie wirtschaftlich fragil es von den Anrainerkommunen ist, sich völlig auf das Militär auszurichten. Das Argument „Arbeitsplätze“ zieht im Dreieck der wirtschaftlichen Boom-Städte Regensburg, Neumarkt und Amberg nun wirklich nicht. Ungeachtet des moralischen Aspekts, daß auf dem Truppenübungsplatz die völkerrechtlich höchst bedenklichen Kriegseinsätze des US-Militärs

vorbereitet werden und deren Drohnenkrieg deutlich näher zur Lynchjustiz steht als zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren.

Auf dem Truppenübungsplatz Hohenfels wird seit Jahren schon nicht mehr scharf geschossen und er ist deshalb relativ frei von militärischen Altlasten. Im Herzstück des Oberpfälzer Juras gelegen, schließen sich unmittelbar daran die von der Tourismusregion „Bayerischer Jura“ intensiv beworbene Täler von Laaber, Lauterach und Vils an. Sanfter, naturnaher Tourismus ist hier seit eh und je üblich und würde durch einen Nationalpark eine erhebliche Aufwertung erfahren.

Erfahrungen andernorts (Nationalpark Hainichen, Thüringen oder Biospärengebiet Schwäbische Alb) sind mehr als vielversprechend und lassen für den Naturschutz wesentlich größere Perspektiven erhoffen als es mit der Unter-Schutz-Stellung von vier Fleckchen Wald getan ist. Es fehlt alleine der politische Wille, die Abzugspläne des US-Präsidenten positiv aufzugreifen und mit einem

Konversionsplan die wirtschaftliche Umstrukturierungen anzugehen. Die DFG-VK würde sich wünschen, daß Anrainerkommunen, Nautenschutzverbände und Tourismusverbände sich zusammensetzen und ein Konzept zur Umsetzung eines Nationalparks Hohenfels entwerfen.

Willi Rester, Sprecher der Gruppe

Kommentar von Thomas Rödl

Wenn US- Soldaten aus Deutschland abgezogen und nach Polen (oder sonstwo nach Osten) verlagert werden, dann sind sie näher an der russischen Grenze. Schließlich war der Sinn der NATO- Erweiterung aus deutscher militärischer Sicht, den Krieg 1000 km weiter östlich führen zu können. US- Bodentruppen in Deutschland sind „zur Verteidigung“ schon lange überflüssig. Aber sie haben mit den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr und Hohenfels schöne Gelände zum Krieg üben. Insofern wird die Truppenverlagerung in den Medien weitgehend falsch bzw. unzureichend kommentiert. Die US- Army und die Air Force sind schon länger mit verschiedenen Einheiten in Polen aktiv.

Ausführlich im Artikel in der Lausitzer Rundschau v. Sept. 2019: <https://www.lr-online.de/nachrichten/polen/blick-nach-polen-us-panzerstuetzpunkt-zagan-weiter-in-der-schwebe-39312465.html>

Bild unten: Die Friedensfahrradtour der DFG-VK Bayern vor der Zufahrt zum Truppenübungsplatz Grafenwöhr, August 2019



Frieden, Gewaltverzicht und Völkerverständigung

Ist das gemeinnützige Bildungswerk der DFG-VK Bayern.

Seit der Gründung des Bildungswerkes hat sich die Medienlandschaft und das Konsumverhalten der Menschen gründlich geändert. Internet, Youtube, Facebook, Twitter und dergleichen waren vor 25 Jahren gar nicht vorstellbar. Seminare, Vortragsveranstaltungen, Broschüren, Zeitschriften und Bücher sind immer weniger von Bedeutung. Die traditionelle Friedensbewegung der 80er Jahre, lange Zeit eine wichtige Zielgruppe des Bildungswerkes, verschwindet allmählich. Damit verschwinden auch die VerteilerInnen von Faltblättern und Broschüren. Umweltbewusste Menschen wollen keinen Papiermüll produzieren und nehmen keine Faltblätter oder Werbekarten.

Neue Bewegungen entstehen und organisieren und informieren sich autonom. Die traditionellen Saalveranstaltungen der Friedensbewegung sprechen ein junges Publikum nicht an.

Im Internet findet man alles – glauben viele. Und viele haben sich schon verirrt im Dschungel der Informationen. Menschen die im Internet nach den Themen Frieden, Abrüstung und damit zusammenhängenden Aspekten suchen, sollten brauchbare Informationen erhalten.

Pazifistische Positionen und Einschätzungen zu formulieren und über Internet zugänglich zu machen, ist daher in den letzten Jahren immer mehr zum Tätigkeitsgebiet des Bildungswerkes geworden. Unsere Themen, Positionen und Argumente ansprechend aufbereiten, gestalten und präsentieren - wie geht das? Wie erklären wir unsere Politik und wie versuchen wir Menschen für Friedensarbeit zu motivieren? Die Meinungen darüber gehen weit auseinander und vor allem sind die Mittel und Kapazitäten für eine fundierte und journalistische Textarbeit und für

gute und professionelle Gestaltung sehr begrenzt.

Auf der Themenseite des Bildungswerkes finden sich jetzt viele kurze Texte zum Thema Bundeswehr und Militär; es finden sich alle Faltblätter, die das Bildungswerk zusammen mit der DFG-VK Bayern herausgegeben hat. Diese sollen in der nächsten Zeit in ein Internet-taugliches Format umgearbeitet werden.

Pazifismus im Internet

Sehr viel mehr Pazifismus-kritische Seiten finden sich im Internet, weniger positive Darstellungen. Auf der Internetseite des HMV- Bildungswerkes wurde eine Abteilung zu „Pazifismus“ neu eingerichtet; es gibt eine kurze Einführung und historische und aktuelle Texte, die Verbindung zum Grundsatzprogramm und zur Pazifismus-Diskussion in der DFG-VK.

<http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=22>

Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur

Ein Standard- Argument gegen die Zielsetzung der allgemeinen Abrüstung hören wir immer wieder: „Zur Beseitigung der Nazi-Diktatur hat es die Armeen der Alliierten gebraucht“. „Gegen Diktaturen hilft keine Gewaltfreiheit“. Mit diesem Argument hat sich eine kleine Arbeitsgruppe der DFG-VK Bayern befasst. Es entstand vor Jahren ein Faltblatt „Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur“; nun ist es zusammen mit Quellen und weiteren Dokumenten auf der Themenseite des HMV- Bildungswerkes zu finden.

<http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=15>

Militärkritik grundsätzlich

Hier finden sich kurze Texte zur Auseinandersetzung mit der Bundeswehr an Schulen
<http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=2>

Abrüstung

Die zentrale Forderung des Pazifismus ist die nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung.

Im letzten Jahr wurde die Seite www.abruesten.de neu eingerichtet, strukturiert und getextet. Der neue Ansatz war: Aufgreifen der üblichen Einwände gegen Abrüstung. „Abrüstung ist ja gut, aber...“ Formal: Fließtext zum Lesen ohne Störfaktoren, links zum Weiterlesen und Vertiefung deutlich getrennt. Derzeit nur Texte, - Bildmaterial, emotionale Komponenten- wären sehr wünschenswert, dafür ist leider keine Kapazität vorhanden.

Zukunft Sichern - Abrüsten

Die Domain-Namen www.no-militar.org und www.jetzt-abruesten.de führen auf die gleiche Internetseite. Hier finden sich aktuelle Einschätzungen zu Rüstung und Abrüstung, Informationen, Hinweise auf Kampagnen und einzelne Aktionen der Friedensbewegung bzw. der DFG-VK. „Zukunft sichern- Abrüsten“ will Impulse geben über Militär nachzudenken, will Argumente gegen Krieg und Militär untermauern und verbreiten, will aktive KriegsgegnerInnen und MilitärschaffenderInnen vernetzen, will Aktionen unterstützen und Werbematerialien anbieten. Diese Seite ist mehr an den zentralen Forderungen der DFG-VK und an den Aktivitäten der Friedensbewegung orientiert. Mit einem Newsletter sollen InteressentInnen über aktuelle Materialien und Aktionen informiert werden. Die inhaltliche Ausgestaltung und Aktualisierung dieser Internetseiten ist unspektakulär, braucht aber kontinuierliche Zuwendung, und die Arbeitszeit dafür muss irgendwoher finanziert werden.



Fortsetzung HMV- Bildungswerk

Durch die **Corona-Pandemie** fallen die herkömmlichen Veranstaltungen aus, die uns in der Vergangenheit neue Kontakte und auch Spenden eingebracht haben. Ihre Spende an das HMV- Bildungswerk ermöglicht es die beschriebene Arbeit auch in schwierigen Zeiten fortzusetzen

Pazifismus fördern!

Unterstützen Sie die Arbeit des HMV- Bildungswerkes für Frieden und Völkerverständigung!

Thomas Rödl, Geschäftsführer des HMV- Bildungswerkes

Bankverbindung unten

DFG-VK Bayern im Internet

www.dfg-vk-bayern.de

Hier: Kontakt zu den aktiven Ortsgruppen der DFG-VK, einige haben eine eigene Internetseite und eigene Mailverteiler
Weitere Seiten der DFG-VK Bayern:

www.jetzt-abruesten.de

www.no-militar.org

www.abruesten.de

Facebook

<https://www.facebook.com/DeutscheFriedensGesellschaftBayern/>

<https://www.facebook.com/dfg.vk.nordbayern>

<https://www.facebook.com/DFGVK/>

<https://www.facebook.com/friedenskonferenz/>

Youtube Kanal

<https://www.youtube.com/channel/UCHGJHHbnHpGwVmYOmp6Tubg>



Dezentraler Aktionstag am 4.7. 2020

US- Unabhängigkeitstag

Abrüsten statt aufrüsten! Weg mit dem 2%- Ziel der NATO!

Atomwaffen abziehen und abschaffen statt erneuern! Rüstungsmilliarden ins Gesundheitswesen!

Infos hier:

<https://www.antidef20.de/>

Hörfunksendung „Friedensforum“

alle 2 Monate bei Radio Lora, (München 92,4 MHz), hier zum Nachhören und Runterladen:

<http://www.dfg-vk-bayern.de/muenchen/friedensforum.html>

Die nächste Sendung am 6.7. um 20 Uhr bringt ein ausführliches Gespräch mit Thomas Rödl zur Frage der Atomwaffen und der nuklearen Teilhabe der BRD

75 Jahre Hiroshima

75 Jahre sind genug!
Atomwaffen abschaffen!
Nuklearen Teilhabe beenden!

Kundgebungen am 6.8. 2020: München, Marienplatz, ab 18 Uhr
Augsburg, Königsplatz, ab 15 Uhr
und an vielen weiteren Orten werden Gedenkveranstaltungen stattfinden. Infos hier:

<https://www.friedenskooperative.de/aktion>

Die DFG-VK Bayern plant eine Protestpostkarte, die im Vorfeld des Hiroshima-Tages dezentral an Bundestagsabgeordnete übergeben werden soll, zusammen mit einem Brief. Darin werden sie aufgefordert, zur Frage atomare Teilhabe und Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages Stellung zu nehmen.

Diese Materialien sind noch in Arbeit, demnächst hier: www.dfg-vk-bayern.de



Werner Mesnaric hat in einer Schule in Nürnberg einen Vortrag (ca. 1 Stunde) „Krieg und Frieden“ mit Hilfe einer Powerpoint Präsentation gehalten. Die Präsentation kann gerne genutzt werden und ist hier zu finden: <https://erlangen.dfg-vk.de/erlangen-vortraege>

PAX AN

Herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern,
V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK
Schwanthalerstr. 133,
80339 München.
Tel: 089 - 89 62 34 46,
Di, Mi, Do 11.00 - 17.00 Uhr.
e-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden
für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern:
Für Frieden, Gewaltverzicht und Völkerverständigung!
Publikationen, Veranstaltungen und Konzepte fürs Internet.
(abzugsfähig) auf das Konto:

IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00

BIC: GENODEM1GLS

